

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Literatur

Autor: Brügel, J.W. / Michel-Alder, Elisabeth

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Literatur

Zwei Bücher über die Schweiz und den deutschen Nationalsozialismus

Die unaufschiebbare Befassung mit brennenden Tagesproblemen hat leider die Absicht des Rezensenten immer wieder verzögert, seine Ansichten über zwei neue Bücher zu Papier zu bringen, die das vielbesprochene Thema der Schweiz im Kampf mit dem Nationalsozialismus von neuen Gesichtspunkten beleuchten. Als er sich nun daran machte, eine Besprechung des Buches von Stahlberger über Emil Oprecht¹ zu schreiben, fand er, dass das Londoner «Times Literary Supplement» am 10. März diesem Buch eine ausführliche und äusserst sachkundige Rezension gewidmet hat. Besprechungen in diesem Blatt sind immer anonym, aber schon aus der Vertrautheit der Rezensenten mit der von ihnen behandelten Materie geht hervor, dass sie die ersten Kapazitäten Englands auf ihrem jeweiligen Gebiet sind. Da schien es ein guter Gedanke, den Lesern anstatt einer eigenen Besprechung eine Übersetzung der Rezension im «TLS» vorzulegen, die folgendermassen lautet:

«Dieses faszinierende Buch hat die bewundernswerte Eigenschaft, detaillierteste akademische Forschung in den Dienst eines grossen und wichtigen Themas zu stellen. Man wird sich rasch klar, dass Peter Stahlbergers Thema – der relativ kleine Schweizer Verleger Emil Oprecht, seine politische Rolle in der Nazizeit und die Schwierigkeiten, denen er seitens seiner eigenen Behörde ausgesetzt war – nicht mit einem Sturm im lokalen Wasserglas verglichen werden kann, sondern einen Abriss der durch den Nazi-Expansionismus verursachten europäischen Krise und der unentschlossenen politischen Reaktionen darauf darstellt. Als kleines Nachbarland, das auf manchen deutschen Landkarten der Dreissigerjahre bereits als ein Teil des Reiches figurierte, ging die Schweiz sehr vorsichtig zu Werke. Wenn einige Schweizer Reaktionen auf den deutschen Druck wie «Appeasement»-Politik aussehen, so zögert ein Nichtschweizer doch, aus sicherer historischer Distanz einen Tadel auszusprechen. Der einheimische Historiker aber fühlt sich bemüssigt – und hat jedes Recht dazu – sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen. Das Schweizer Gewissen ist sehr empfindlich, beinahe beschämt, durch die Neutralität des Landes so bevorzugt gewesen zu sein, und es möchte sich dafür rechtfertigen oder einen Ausgleich bieten. Die Schweizer sind auch richtig stolz auf ihre demokratische und humanitäre Tradition und schokiert, wenn sie finden, dass diese einer historischen Bewährungsprobe nicht standgehalten hat. Bis zu einem gewissen Grad war dies aber doch der Fall. Stahlberger führt im einzelnen alle Fälle an, in denen die Schweiz dem Druck seitens der Nationalsozialisten ausgesetzt war, und die Reaktionen, die dieser Druck hervorrief, und belegt seine Ausführungen mit amtlichen Dokumenten. Für die Schweiz

¹ Peter Stahlberger, *Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933–1945*, Europa Verlag, 407 Seiten, Fr. 28.—.

gab es zwei Hauptprobleme: ob sie Flüchtlinge ins Land lassen und ihnen politisches Asyl gewähren sollte; und ob sie den Flüchtlingen, wenn sie einmal im Lande waren, erlauben sollte, Angriffe auf die Staatsordnung, von der sie geflohen waren, zu veröffentlichen. Diese beiden Fragen sind wesentlich miteinander verbunden, denn die Haltung der Nazi dem Emigrationsproblem gegenüber war zweischneidig; es konnte ihnen Gewinn, aber auch Verlust bringen. Einerseits waren sie froh, politisch Unzufriedene und Juden loszuwerden, und mit dem gleichen Schlag gelang es ihnen, den Aufnahmeländern Probleme aufzuhalsen, indem sie ihr Spiel mit deren wirtschaftlichen Sorgen trieben, mit deren Angst vor Überfremdung und deren antiintellektuellen, antikommunistischen und antisemitischen Gefühlen, welche letztere auch noch Sympathien für die innenpolitischen Massnahmen der Nationalsozialisten förderten. Andererseits aber war damit zu rechnen, dass die Emigranten reden und – was noch schlimmer war – schreiben würden. Nur wenn sich dies verhindern liess, konnte ihre Haltung reinen Gewinn einbringen – darum der Druck auf die Schweizer Behörden und die Proteste, die solche Diffamierung des Führers und seiner Befehle als Neutralitätsbruch hinstellten.

Stahlberger legt genügend Beweise für die Verletzung des traditionellen Asylrechtes vor. Bis 1944 weigerten sich die Schweizer Behörden, die rassistische Verfolgung als «politischen» Emigrationsgrund anzuerkennen (und die Revision im Jahre 1944 kam wahrscheinlich eher verfolgten «Ariern» zugute). Man schritt auch wiederholt gegen Juden ein, die bereits ins Land gelassen worden waren, auf Grund von Vorschriften, die in der folgenden Wiedergabe der Worte eines Emigrantenschriftstellers kaum verzerrt sind: «Wir mussten Geld haben, sonst vertrieb man uns wieder, aber unter keinen Umständen durften wir Geld verdienen, sonst trieb man uns ebenfalls weiter.» Brecht schrieb einmal, die Schweiz sei ein Land der Freiheit – für Touristen.

Und wie stand es mit den Emigranten, die sich Gehör verschaffen wollten? Im Prinzip bestand hier ein unüberbrückbarer Abgrund zwischen den Auffassungen der Nazi- und der Schweizer Behörden. Die Schweizer unterschieden zwischen Staatsneutralität und Gesinnungsneutralität und waren offiziell nur zu ersterer verpflichtet. Mit anderen Worten: ein einheimischer oder ein Emigrantenschriftsteller konnte ungehindert objektive Kritik an der bestehenden Ordnung in anderen Ländern veröffentlichen. Nur bei klaren Fällen von Diffamierung konnte eingeschritten werden. In der Nazi-Auffassung hingegen war der Staat «verantwortlich für die öffentliche Meinung» – das heisst, er hatte jeden Angriff auf den Nationalsozialismus zum Schweigen zu bringen. Jede Kritik war eo ipso diffamierend. Damit wollte man die Schweizer zur Gleichschaltung veranlassen, und das hätte ihnen mit aller Deutlichkeit zeigen sollen, dass die Flüchtlinge nicht nur völlig heruntergekommene, lästige und unerwünschte Ausländer waren, sondern in symbolischer Hinsicht die ersten Opfer einer

Einstellung, die die Grundprinzipien bedrohte, auf denen angeblich das Leben der Schweizer aufgebaut war.

In der Praxis erwies sich der Abgrund freilich überbrückbar. «Objektiv» ist ein elastischer Begriff; Politiker und Diplomaten zogen es vor, auch wenn es ihnen zuweilen Verlegenheit bereitete, im Interesse «freundschaftlicher Beziehungen zu einer nachbarlichen Macht» gewisse Opfer zu bringen. Auch geschäftliche Beweggründe, besonders mit Rücksicht auf die Touristen, machten sich, wie vorausszusehen gewesen war, bemerkbar.

Im Mittelpunkt dieser Situation stand Emil Oprecht, der sein ganzes Leben lang Sozialist und Sozialarbeiter gewesen war, und durch seine Erfahrungen in der Kommunistischen Partei enttäuscht von allen Formen politischer Reglementierung. Stahlberger zeichnet ziemlich kurz Oprechts frühe Jahre nach und das Schicksal seiner Firma, ehe er unsere Aufmerksamkeit darauf lenkt, was sie nach 1933 veröffentlichte. Einige Titel sind an sich aufschlussreich: Thomas Manns *Briefwechsel mit Bonn*, Hermann Rauschnings *Die Revolution des Nihilismus* und *Gespräche mit Hitler*, Ignazio Silones *Fontamara* und *Brot und Wein*, Konrad Heidens *Adolf Hitler*. (Oprecht brachte auch eine grosse Anzahl rein literarischer Werke heraus, was an sich eine politische Tat war, da er damit half, die deutsche Literatur und ihre auf der Flucht befindlichen Schöpfer am Leben zu erhalten.)

Stahlberger gibt ausführliche Inhaltsangaben von Oprechts politischen Publikationen jener Jahre, unter entsprechenden Kapitelüberschriften zusammengestellt, beginnend mit den politischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik bis zu den späteren Phasen von Hitlers Europapolitik. Das sind durchaus nicht die lesenswertesten Kapitel des Buches, und nicht alle darin analysierten Werke verdienen an sich soviel Aufmerksamkeit. Aber der Vorgang ist gerechtfertigt, weil – insbesondere im Falle einer so kleinen persönlichen Firma – die Verlagsproduktion als ganze die Manifestation der Persönlichkeit des Verlegers ausmacht. Und es ist ja gerade die hier dokumentierte Beharrlichkeit und Konsequenz in Oprechts Verlagspolitik, durch die ihn die Nazi als Stachel in ihrem Fleisch empfanden, was er zweifellos auch war.

Ausser dem Druck, den die Nazi über den Schweizer Bundesrat auf ihn ausübten, griffen sie auch zu der kommerziellen Massnahme, ihn aus dem früher überstaatlichen, dann aber gleichgeschalteten Börsenverein der deutschen Buchhändler auszuschliessen. Aber Oprechts Energie, Mut und Spannkraft, in persönlicher wie in geschäftlicher Hinsicht, blieben von all den störenden Belästigungen unberührt. Wenn man zu seiner Verlagstätigkeit noch seine vielen anderen Aktivitäten hinzuzählt (wie diejenige in 1939–1940, Flüchtlinge heil aus Frankreich herauszubringen, und seine Mitwirkung in der Leitung des Zürcher Schauspielhauses – eine andere lebende Zelle deutscher Kultur während der zwölf toten Jahre), dann wird einem klar, wie sehr Oprecht dieses Denkmal verdient hat.

Dass dieses Denkmal akademisch erstellt wurde, auf aner kennenswert präziser Forschung und reichhaltiger Lektüre der Emigrationsliteratur fussend und mit nur dem zulässigen Unterton moralischer Überzeugung, wirkt sich zum Guten aus. Stahlbergers Buch behandelt ein ewiges Thema und enthält eine ermutigende Aussage. Wenn man die Dokumente liest, in denen das verlegene Auswärtige Amt versuchte, die von der Gestapo verlangte Aberkennung von Thomas Manns deutscher Staatsangehörigkeit hinauszuschieben, weil die Durchführung in der Weltpresse ein für «das geistige Leben» Nazideutschlands sehr ungünstiges Echo hervorrufen würde; oder wenn man sich klarmacht, welche Anhäufung von Unannehmlichkeiten ein prinzipienstarker Verleger den Tyrannen bereiten kann, bekommt man das beruhigende Gefühl, dass wenn die Feder auch nicht unbedingt mächtiger ist als ein modernes Schwert, sie doch eine sehr scharfe Spitze hat.

Das zweite Buch, um das es hier geht, wurde an dieser Stelle bereits kurz erwähnt.² Es ist das erste Buch eines jungen Schweizer Historikers, dem man zu dieser Leistung nur aufrichtig gratulieren kann. Selten verbinden sich in einer noch dazu flüssig und packend geschriebenen Erstlingsarbeit soviel Sachkenntnis über so viele verschiedene Gebiete mit einem so sicheren Urteil. Dreifuss untersucht die Haltung von vier deutschschweizerischen Zeitungen der verschiedenen politischen Richtungen zu der durch die Existenz eines aggressiven nationalsozialistischen Regimes im Nachbarstaat hervorgerufenen Problematik in der Zeit von 1933–1939, also praktisch bis zum Kriegsausbruch. Es handelt sich um die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ), das «Volksrecht» (VR), das «Vaterland» (VL) und die «Neue Berner Zeitung» (NBZ), die stellvertretend für die anderen Blätter der gleichen Richtung zitiert und analysiert werden.

Um es gleich vorwegzunehmen, Dreifuss kommt zu der Schlussfolgerung, dass die deutschschweizerische Presse «die Probe, gemessen an den Versuchungen der Zeit, erstaunlich gut bestanden» hat. Uns dünkt, dass der Inhalt des Buches selbst diese Schlussfolgerung doch ein wenig zu milde erscheinen lässt. Natürlich hat keines dieser Blätter oder die hinter ihnen stehenden politischen Kräfte Hitler und den Nationalsozialismus je offen unterstützt, und sie haben alle im Wesen die Interessen ihres Landes, wie sie sie verstanden, zu wahren gesucht. Aber nur das sozialdemokratische «Volksrecht» geht aus der Darstellung von Dreifuss mit allen Ehren hervor. Er selbst sagt, die Immunität dieses Blattes nähme sich am imposantesten aus, um gleich darauf hinzuzufügen, dass es «im Grunde die Möglichkeit einer echten Wahl gar nicht besessen hat». An einer anderen Stelle sagt der Autor, dass das «VR» «im Systemzwang seines marxistischen Denkens gefangen» war. Nun ist es unbestreitbar, dass die Sozialdemokraten

² Eric Dreifuss, *Die Schweiz und das Dritte Reich*, Verlag Huber, Frauenfeld 1971, 250 Seiten, Fr. 24.80.

tatsächlich keine andere Wahl hatten als sich dem Nationalsozialismus in allen seinen Erscheinungsformen entgegenzustellen und dass die sozialdemokratische Presse darum alles, was im Dritten Reich vorging, in Grund und Boden kritisierte. Das wesentliche ist aber, dass sich diese und nur diese Haltung auf lange Sicht im Einklang mit den Interessen der Schweiz erwies und dass alle Versuche, in dieser oder jener Frage «ein Auge zuzudrücken», weil einem gerade dieser oder jener Aspekt nationalsozialistischen Vorgehens weniger oder gar nicht gegen den Strich ging, den Abwehrwillen des schweizerischen Volkes zu schwächen geeignet war. Es geht nicht darum, jedes in der Hast des Redaktionsbetriebes ausgesprochene und heute nicht mehr haltbare Urteil zu verdammen oder zu entschuldigen. Rückblickend lässt sich natürlich auch nicht alles aufrechterhalten, was im Laufe der Jahre in der sozialdemokratischen Presse zu dem Thema gesagt worden ist, und Dreifuss setzt nicht mit Unrecht dieser aus, sie habe die antisemitische Politik des Nationalsozialismus zwar bekämpft, aber sich auf eine tiefergehende Analyse der Triebkräfte dieser Politik nicht eingelassen. (Eine solche Stellungnahme hätte natürlich kaum den Opfern Hitlers genutzt.)

Die erstaunlichen Dinge in der Forscherarbeit von Dreifuss sind die Zitate, mit denen selbst ein Blatt wie die «NZZ» die Konzentrationslager im Dritten Reich zu ‚verniedlichen‘ gesucht und noch im Jahre 1936 in diesem Zusammenhang von einem «bemerkenswerten Experiment des deutschen Strafvollzugs» gesprochen hat. Am bedenklichsten war die Haltung der «NBZ», die immer wieder nach Entschuldigungsgründen für verschiedene Massnahmen des Nazi-Regimes suchte, aber später doch der Wahrheit wieder nähergekommen ist. Den einen imponierte Hitlers Antikommunismus, den anderen (besonders dem «VL» in Luzern) der Antiliberalismus. Manche, die den Juden in der Schweiz sicherlich nicht ein ähnliches Schicksal wie Hitler den Juden in Deutschland bereiten wollten, konnten kaum ihre Befriedigung darüber unterdrücken, dass der Nationalsozialismus auf seine Weise den «jüdischen Einfluss» in Deutschland gebrochen hatte. Konzentrationslager wurden ja im allgemeinen nicht gebilligt oder gar gelobt, aber Dreifuss hat ausser in der sozialdemokratischen Presse nirgends eine grundsätzliche Ablehnung des Gedankens gefunden, politische Gegner oder sonst unliebsame Menschen unter unwürdigen Verhältnissen zu internieren und zu quälen. Gegen die Verhaftung politischer Gegner protestierten nur die Sozialisten und in milderem Ausmass auch das «VL». Die anderen zeigten sich uninteressiert, weil ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland unbehelligt geblieben waren. Aber den allgemeinen Interessen der Demokratie und den speziellen der Demokratie der Schweiz diene nur der, der prinzipiell alles verurteilte, was die Menschenrechte verletzte, auch wenn man an den Opfern dieser Verletzung kein direktes Interesse hatte. Auch Hitler als Person erfreute sich ausserhalb der sozialdemokratischen Presse einer erstaunlich milden Be-

handlung zu einer Zeit, zu der noch nicht jede Kritik an ihm zu einer diplomatischen Intervention führte.

Dreifuss hat zweifellos nicht nur ein ausgezeichnetes, sondern auch ein höchst bemerkenswertes Buch geschrieben, aber einige Einwendungen sind unvermeidlich. Es wäre natürlich unmöglich, die gesamte deutschschweizerische Presse aus den Jahren 1933–39 zum Gegenstand einer Analyse zu nehmen, aber die Beschränkung auf vier führende Blätter der verschiedenen Richtungen lässt doch eine Behandlung der Nuancen nicht aufkommen, die es sogar innerhalb der sozialdemokratischen Presse – sagen wir zwischen dem «VR» und der «Berner Tagwacht» – gegeben hat. Auch scheint es nicht recht, die welschschweizerische Presse ganz aus der Betrachtung auszuschliessen, deren Haltung teilweise recht fragwürdig war. Das Problem ist auch nicht ausgeschöpft, wenn man sich auf die Politik der Nationalsozialisten im eigentlichen Sinne beschränkt und nicht deren Reaktionen anderswo in Betracht zieht. Die «NZZ» hatte sicherlich keinerlei Sympathien für den Nationalsozialismus, aber für das konservative Chamberlain-Regime in England, das durch die Politik des Nachgebens an die Diktatoren Hitler entscheidend geholfen hat, seine Sympathien nicht verborgen und nach Entschuldigungen für dessen Vorgehen gesucht.

Schliesslich ist die Zeitperiode, die Dreifuss zum Gegenstand seiner Untersuchung genommen hat, weniger wichtig als die Zeit des Krieges, in der der Schweiz eine aktuelle Gefahr des Überranntwerdens drohte. Zwar ist über das Thema der schweizerischen Presse im Zweiten Weltkrieg schon eine Menge geschrieben worden, aber die Fortsetzung der Dreifuss'schen tiefeschürfenden Analyse für den Zeitpunkt nach Ausbruch des Krieges scheint höchst erwünscht.

J. W. Brügel

Stichwort Schulreform

von Hentig, Hartmut. «Cuernavaca oder: Alternativen zur Schule?» Verlage Klett und Kösel, Stuttgart/München 1971, 139 Seiten, Preis etwa 10 Franken.

Ivan Illich (in Cuernavaca, Mexico) hat die Welt erschreckt mit seiner Forderung nach Abschaffung der Schule. Der deutsche Pädagoge von Hentig hat sich mit Illich intensiv auseinandergesetzt – ohne ihm beizupflichten. Bei allem Verständnis für das weitverbreitete Zweifeln an der Reformierbarkeit der Schule überhaupt gibt von Hentig nicht so leicht weitere, neue Alternativen zur Schule (die er mit Voraussetzungen und Konsequenzen sorgfältig erklärt) preis. Im ganzen handelt es sich bei diesem Buch um ein radikales In-Frage-Stellen der Schule, allerdings nicht als erste pädagogische Lektüre zu empfehlen. Hentigs Beitrag zur Schulgrundsatzdiskussion ist bedeutend, seine universale Lerngesellschaft ein interessantes Denkmodell.

Stubenrauch, Herbert. «Die Gesamtschule im Widerspruch des Systems.» Zur Erziehungstheorie der integrierten Gesamtschule. Juventa-Verlag München 1971, 256 Seiten, Preis etwa Fr. 16.50.

Zunächst liefert Stubenrauch einen kurzen Abriss der Geschichte der Gesamtschulidee, dann wendet er sich der Darstellung verschiedener Ziele zu, die via Gesamtschule anvisiert werden. Ein wichtiges Problem sind die Revision von traditionellen Lernstoffen und didaktische Fragen, die mit Gesamtschulorganisationen ja noch nicht gelöst sind. Stubenrauch stellt auch die politischen Grundfragen: Inwiefern stehen Gesamtschulmodelle im Dienst der Emanzipation? Inwiefern werden da Lerninteressen global-technokratisch verplant und angewürgt? Eine Bibliographie mit 615 Titeln öffnet alle Wege zu weiterer Lektüre . . . Die – nicht ganz, ganz einfache – Lektüre dieses Buches ist sehr zu empfehlen, weil die gesellschaftspolitische Dimension der Gesamtschuldiskussion hier in aller Breite zur Geltung kommt – und vorsichtig stimmt.

Schweizerischer Bundesrat. Botschaft an die Bundesversammlung über die neuen Bildungs- und Forschungsartikel der Bundesverfassung (Artikel 27, 27^{bis} und 27^{quater}) und Entwürfe zu Bundesbeschlüssen. Vom 19. Januar 1972. 71 Seiten.

Diese Bundespublikation ist doppelt wichtig und interessant – einerseits als Grundlage für die aktuelle Diskussion über eine Verfassungsänderung, andererseits sind die Berichte über die Lage des schweizerischen Schulwesens und der schweizerischen Forschung eine aufschlussreiche, knappe Darstellung heutiger Verhältnisse. Dieses Dokument zeigt mit aller wünschbaren Deutlichkeit den Standort des Bildungswesens, also seinen Gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Stellenwert. Hier erfährt man bildungspolitische Praxis . . .

Lehrerbildung

Heckhausen, Anweiler, Dihle, Menze, Penselin. «Lehrer 1980.» Lehrerbildung für die künftige Schule. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970, 160 Seiten, Preis 15 Franken.

Ein schmaler Band, der ausgezeichnet informiert über die Schwerpunkte einer neuen Ausbildung für Lehrer. Inhalt: Zunächst werden die Ausgangsvoraussetzungen geklärt, die heutigen Mängel kurz kritisiert und die gewandelten Voraussetzungen für Schule und Lehrer skizziert. Dann folgt die Darstellung der inhaltlichen und strukturellen Anforderungen, die nötig sind für künftige Lehrerbildung. Zur Sprache kommen: Didaktik und Revision der Fachstudiengänge, Grundelemente der Lehrerbildung, Studiengänge für verschiedene Lehrämter, Weiterbildung, Organisation und Aufgabenteilung der lehrerbildenden Institutionen und Planung für

den künftigen Bedarf, der natürlich auf deutsche Verhältnisse ausgerichtet ist. Ziel dieser Lehrerbildung ist es, eine Lehrerschaft heranzuziehen, die die nötigen permanenten Schulreformen tragen und vorantreiben kann und will. Diese Ausbildung bereitet also auf ein Schulwesen vor, das wir noch nicht haben.

Betzen, Klaus, und Nipkow, Karl Ernst. «Der Lehrer in Schule und Gesellschaft.» Reihe: Erziehung in Wissenschaft und Praxis, Band 12. Verlag Piper, München 1971, 319 Seiten, Preis Fr. 18.40.

Ebenfalls ein Sammelband mit verschiedenen Beiträgen zur gesellschaftlichen Stellung des Lehrers und seinem Berufsbild. Zunächst ein Abschnitt, der sich – auf Grund soziologischer Erkenntnisse – mit der allgemeinen Berufs- und Rollenproblematik des Lehrers auseinandersetzt; dann ein Abschnitt, der Beiträge zum Lehrerverhalten in den Unterrichtsprozessen präsentiert (vor allem sozialpsychologische Studien); schliesslich folgen Aufsätze, die den Lehrer im Rahmen von sich verändernden Schulorganisationen und neuen Lehrplänen sehen.

Mittel- und Hochschulen

Ulshöfer, Robert, und Rebel, Karlheinz. «Gymnasium und Sozialwissenschaften.» Wege zur Demokratisierung der Schule. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1968, Preis etwa 22 Franken.

Auch hier handelt es sich um einen Sammelband – referiert werden wissenschaftliche Ergebnisse zur Lösung aktueller Mittelschulfragen, ausgeklammert sind Gesamtschulorganisationen und -modelle. Die Themen: Intelligenz und weiterführende Schulbildung; stufengemässe Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schülern; neue Wege der Didaktik und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung; Autoritätskrise; demokratische Schulverfassung (Mitbestimmung); Strafen; programmierter Unterricht und Ausbildung von Gymnasiallehrern.

Evers, Carl-Heinz, und Rau, Johannes (Herausgeber). «Oberstufenreform und Gesamthochschule.» Frankfurt a. M., Berlin, München (Verlag Diesterweg) 1970, 215 Seiten, Preis Fr. 24.20.

1969 hat die SPD das «Modell für ein demokratisches Bildungswesen» veröffentlicht, das eine eifrig diskutierte Arbeitsgrundlage geworden ist, auch für den Kreis der Autoren dieses Bandes. Sie haben die Modellvorstellungen für den nachobligatorischen Schulbereich inklusive Hochschule weiterverfolgt, konkretisiert, wissenschaftlich überprüft und teilweise modifiziert. Dieser Band vereint eine Reihe von Einzelbeiträgen zu folgenden Themen: Übergang sekundäre Bildungsstufe/Hochschule; Bildungsexpansion und Gesamthochschule (bildungsökonomische Probleme); das Ver-

hältnis zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung; Reform der Curricula; Neugestaltung der Prüfungen im durchlässigen Bildungssystem; Bildungsreform und Lehrerbildung; neue Organisationsformen der Bildungsinstitutionen nach den Prinzipien von Durchlässigkeit (horizontal wie vertikal) und Integration verschiedener Ausbildungswege; neues Gymnasium und der Übertritt an die Gesamthochschule.

Elisabeth Michel-Alder

Blick in die Zeitschriften

Planen, Bauen und Wohnen

«Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon –
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?»

Dieses Gedicht Bert Brechts (Fragen eines lesenden Arbeiters) könnte als Motto über den immer zahlreicher werdenden Artikeln zum Thema Städtebau und Wohnen stehen, dem auch zwei linke repräsentative Zeitschriften ihre neusten Nummern gewidmet haben.

Die alle zwei Monate im Münchner Damnitz Verlag erscheinenden «*tendenzen*» überschreibt die Nummer 82 mit «Zur Wohnungsfrage heute – Städtebau eine Klassenfrage». In diesem Heft wird der Versuch unternommen, die Ursachen für die Zerstörung unserer Städte aufzuzeigen. Die Autoren bleiben aber nicht bei einer Bestandsaufnahme stehen, sondern weisen auch auf Mittel und Wege hin, wie der Bürger heute auf die staatliche und städtische Wohnpolitik Einfluss nehmen und seine Rechte durchsetzen kann.

Das im Berliner Wagenbach Verlag viermal jährlich erscheinende «*Kursbuch*» hat die Thematik der Nummer 27 mit «Planen-Bauen-Wohnen» überschrieben. Die annähernd 200 Seiten umfassende Schrift enthält eine Reihe aktueller und sehr informativer Beiträge, die es dem interessierten Laien ermöglichen, auch die teilweise komplizierten Probleme von Grundbesitz, Grundrente und Hausbesitzerprofite zu überblicken. So findet sich darin unter anderem eine Anleitung für Mieter zur Berechnung der Profite ihrer Haus- und Grundbesitzer. Wie in dem oben besprochenen Heft finden sich auch hier Anregungen, wie sich Bürger und Mieter gegen städtebauliche Fehlplanungen und Mietwucher durch Bürgerinitiativen und aktiven Wohnkampf zur Wehr setzen können. Neben den Beiträgen zur Si-